

E-Mail

Von: Dr. Werner Reh

Gesendet: Montag, 23. Januar 2012 16:44

An: Sören Bartol

Betreff: EU-Flughafenpaket - Verordnungsentwurf zu Betriebsbeschränkungen ablehnen

Sehr geehrter Herr Bartol,

dem Verkehrsausschuss liegt am 25. Januar das EU-Flughafenpaket mit dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen vgl. KOM(2011)828 endgültig – zur Beratung vor. Die unterzeichneten Umwelt- und Lärmschutzverbände sehen in diesem Verordnungsentwurf einen Rückschritt für den Schutz der Bevölkerung gegen Fluglärm und für die Bemühungen um eine nachhaltige Verkehrspolitik auf der nationalen und der europäischen Ebene.

Ziel der Verordnung ist eine einheitliche Anwendung lärmbedingter Betriebsbeschränkungen im Rahmen des ausgewogenen Ansatzes zur Reduzierung von Rechtsstreitigkeiten. Außerdem sollen die Behörden in die Lage versetzt werden, die lautesten Flugzeuge außer Dienst zu stellen. Die Verordnung soll für einen „robusteren Lärmbewertungsprozess“ sorgen.

Keines dieser Ziele wird mit den in der Verordnung enthaltenen Maßnahmen erreicht. Die Verordnung enthält weder Lärmgrenzwerte, noch messbare Kriterien, die einen Eingriff der EU-Kommission in nationale Entscheidungen überhaupt rechtfertigen könnte. Dies führt zu einer Intransparenz von Entscheidungsprozessen und ermöglicht Eingriffe in bestehende und geplante Regelungen, die die Gesundheit der Menschen schützen.

Betriebsbeschränkungen sind ein wichtiger Bestandteil des „balanced approach“ der Internationalen Zivilen Luftfahrtorganisation (ICAO). Sie sind, im Gegensatz zu den anderen Instrumenten des ausgewogenen Ansatzes – leisere Flugzeuge, Flächennutzungsbeschränkungen, die nur sehr langfristig greifen –, eine sofort wirksame Maßnahme. Das Instrument des Einsatzes optimierter Flugverfahren ist weitgehend ausgereizt und lässt auf längere Sicht nur noch geringe Lärminderungseffekte erwarten. Mit Blick auf die Zeitachse ist

deshalb bei weiterhin zunehmendem Fluglärm den Betriebsbeschränkungen ein deutlich höherer Stellenwert einzuräumen.

Die laut Verordnungsentwurf angestrebte Aussonderung der lautesten Flugzeuge würde zwar in Angriff genommen, aber viel zu langsam erfolgen. Künftige nationale Nachtflugbeschränkungen würden erheblich erschwert. Diese werden aber gebraucht, um die Nachtruhe und damit die Gesundheit der Menschen zu schützen.

Der EU-Vorschlag stellt bei der Entwicklung von Maßnahmen die Kosteneffizienz in den Vordergrund. Er folgt damit einer rein betriebswirtschaftlichen Sichtweise und lässt Gesundheits- und Klimaauswirkungen des Luftverkehrs außen vor. Will man Kosteneffizienz als Maßstab nehmen, müssen zwingend auch die Gesundheits- und Umwelt-/Klimakosten des Luftverkehrs im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Betrachtung einbezogen werden.

Bestehende nationale Gesetzgebungen dürfen nicht durch intransparente bürokratische Eingriffe und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit ersetzt werden, die zudem nicht rechtssicher sind.

Benötigt wird stattdessen – auch aus Wettbewerbsgründen – ein grundlegend anderer Ansatz, der im Rahmen der EU-Umgebungslärm-Richtlinie einen Kernbereich des Schutzes aller Anwohner an europäischen Flughäfen festschreibt (Grenzwerte, Mindeststandards, Kernruhezeiten für den Schutz der Nachtruhe, Lärminderungsplanung an allen Flughäfen), Darüber hinaus können die nationalen und regionalen Behörden je nach den Gegebenheiten ergänzende weitergehende Vorschriften erlassen.

Die Unterzeichnenden haben große Bedenken gegen die vorgeschlagene Verordnung und bitten den Verkehrsausschuss, dieses Regulierungskonzept der EU-Kommission abzulehnen.

Für Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

i.A. Dr. Werner Reh

Koordinator des Verbände übergreifenden AK Flugverkehr im DNR

Deutscher Naturschutzring (DNR)
Dr. Helmut Röscheisen
DNR-Generalsekretär
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Helmut.Roescheisen@dnr.de

Bundesvereinigung gegen Fluglärm, BVF
Helmut Breidenbach
Präsident
Grupellostrasse 3
40210 Düsseldorf
helmut.breidenbach@web.de

Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, BUND
Olaf Bandt
Direktor Politik und Kommunikation
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Olaf.bandt@bund.net

Verkehrsclub Deutschland, VCD
Michael Ziesak
Bundesvorsitzender
Rudi-Dutschke-Straße 9 - 10969 Berlin
Michael.ziesak@vcd.org

ROBIN WOOD
Monika Lege
Verkehrsreferentin
Langemarckstraße 210
28199 Bremen
verkehr@robinwood.de

Germanwatch
Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer 17
Schiffbauerdamm 15
D-10117 Berlin
bals@germanwatch.org